

Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G7

Berlin, 23. September 2022

Wir, die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der Gruppe der Sieben (G7) verurteilen die Scheinreferenden, die Russland nutzen möchte, um unter falschem Vorwand den Status von unabhängigem ukrainischem Hoheitsgebiet zu verändern, das einer andauernden russischen Aggression ausgesetzt ist, auf das Schärfste. Diese Aktionen stellen eindeutig einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und gegen das Völkerrecht dar und stehen dem Rechtsstaatsgrundsatz zwischen Nationen diametral entgegen.

Diese heute von Russland und seinen Stellvertretern initiierten Scheinreferenden haben keine rechtliche Wirkung und besitzen keine Legitimität; dies zeigt auch die übereilte Art der Organisation durch Russland, bei der in keinsten Weise demokratische Normen geachtet werden, sowie die offenkundige Einschüchterung der lokalen Bevölkerung. Diese Referenden in Gebieten, die gewaltsam unter die vorübergehende Kontrolle Russlands gebracht wurden, stellen in keiner Weise eine legitime Willensbekundung der ukrainischen Bevölkerung dar, die sich den russischen Bemühungen, Grenzen gewaltsam zu verschieben, stets konsequent widersetzt hat. Wir werden diese Referenden, die ein Schritt hin zu einer russischen Annexion zu sein scheinen, niemals anerkennen, und ebenso werden wir eine intendierte Annexion niemals anerkennen, so sie erfolgt.

Darüber hinaus bedauern wir die vorsätzlichen auf Eskalation ausgerichteten Maßnahmen Russlands, darunter die Teilmobilisierung von Reservisten und verantwortungslose nukleare Rhetorik.

Wir rufen alle Länder auf, diese Scheinreferenden als Versuch Russlands, seine Völkerrechtsverstöße zu verdecken, unmissverständlich zurückzuweisen. Wir sind bereit, sowohl Russland als auch Einzelpersonen und Organisationen – innerhalb und außerhalb Russlands –, die Russlands unrechtmäßige Versuche, den Status ukrainischen Hoheitsgebiets zu verändern, politisch oder wirtschaftlich unterstützen, weitere wirtschaftliche Kosten aufzuerlegen.

Wir stehen fest zu unserem Bekenntnis, der Ukraine die nötige Unterstützung zu gewähren, damit sie ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit bewahren, sich verteidigen und selbst über ihre Zukunft bestimmen kann. Wir werden auch weiterhin finanzielle, humanitäre, militärische, diplomatische und rechtliche Hilfe bereitstellen und den Wiederaufbau

voranbringen, auch durch die internationale Expertenkonferenz zum Wiederaufbau der Ukraine, die am 25. Oktober in Berlin stattfinden wird.

Wir werden fest an der Seite der Ukraine stehen, solange es nötig ist.